

Der Eurovision Song Contest 2025 findet in Basel statt

Die EDU will das Referendum gegen den Musikwettbewerb ergreifen, die Stadt rechnet mit Nettoausgaben von 34,9 Millionen Franken

ANDREA FOPP, BASEL

—
Wenn es um den Eurovision Song Contest (ESC) geht, ist es in einigen Redaktionen offenbar um die journalistische Distanz geschehen. Bei der «Basler Zeitung» sind am Freitagmorgen nach eigenen Angaben Freudentränen geflossen, weil der ESC 2025 vom 13. bis 17. Mai in Basel stattfinden soll. Die Journalisten hätten dem Entscheid entgegengefeibert, schrieb die Redaktion im Ticker, nachdem die Veranstalter diesen bekanntgegeben hatten.

Und auch die Medienkonferenz im Basler Rathaus war mehr Show als Informationsveranstaltung. Der SRF-Moderator Sven Epiney führte den Basler Regierungspräsidenten Conradin Cramer und dessen Kollegen aus der Verwaltung ein, als wären sie Wrestlingstars. Er sprach deutsch, französisch und englisch – für die internationalen Medienschaffenden, die per Video-Stream mitschrieben.

Basel hat sich gegen den letzten Konkurrenten Genf durchgesetzt; Zürich und Bern waren bereits Mitte Juli ausgeschieden. Bei der Auswahl hätten gegen hundert Kriterien eine Rolle gespielt, beispielsweise die finanziellen Mittel, die Eignung der Halle, Sicherheitsüber-

legungen und die Erwartungen bezüglich der Wertschöpfung, erklärten die Vertreter der SRG, die den ESC in der Schweiz verantwortet. Sie hat sich durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers beraten lassen.

Kein Geld für die Produktion

Der Basler Regierungspräsident rechnet für den Kanton mit Nettoausgaben von 34,9 Millionen Franken. Es handelt sich dabei nur um Sachleistungen, wie die Behörden ausführten. Es habe Diskussionen darüber gegeben, ob die Stadt auch einen Beitrag an die Produktionskosten bezahlen soll. Doch nun wurde von einem solchen Zustupf abgesehen. Den definitiven Budgetentscheid trifft das Basler Parlament am 11. September. Es dürfte eine Mehrheit für den ESC geben. Allerdings hat die christliche Partei Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) am Freitag ein Referendum gegen die Finanzierungsvorlage des «Propaganda-Anlasses» angekündigt.

Mit ihrem Widerstand hatte die EDU auch die SVP mobilisiert. Marcel Dettling, der Präsident der SVP Schweiz, empfahl den Kantonalparteien im Vorfeld des Entscheids, das Referendum gegen den «peinlichen Regenbogen-

anlass» zu unterstützen. In Malmö, wo der ESC vergangenen Mai ausgetragen wurde, war es am Rande zu Anti-Israel-Protesten gekommen.

Die Regierung verspricht sich einen Impuls für die städtische Wirtschaft. In ihrer Medienmitteilung zitierte sie eine Studie der Universität Liverpool. Diese bezifferte für den ESC 2023 in Liverpool eine Wertschöpfung in Höhe von 62 Millionen Franken für das lokale Gewerbe. Der Basler Tourismus spürt die Auswirkungen des Musik-Events im nächsten Jahr bereits jetzt. Die Hotelzimmer waren schon im Mai fast ausgebucht – in erster Linie seien die Kunden ESC-Offizielle, hiess es vonseiten der Basler Behörden.

Allerdings ist umstritten, ob solche Events einen nachhaltigen Effekt haben. Daher gibt es auch Kritik am Finanzierungsmodell, insbesondere an der Rolle des Staates. Gemäss der European Broadcasting Union finanziert sich der ESC über Beiträge der Gastgeberstadt, über Zahlungen der einzelnen Sendeanstalten (total rund 6 Millionen Franken), des Senders des Gastgeberlandes (10 bis 20 Millionen Franken) sowie über Sponsoringverträge, Ticketverkäufe und so weiter. Doch man kann die Frage stellen,

ob der Musik-Event tatsächlich in den Bereich des Service public fällt. Eveline Hutter, Senior Researcher beim liberalen Think-Tank Avenir Suisse, sagte kürzlich gegenüber der NZZ, «im Idealfall» kämen für solche Kosten «genau jene auf, die davon profitieren».

Das reiche Basel mit seinen millionenschweren strukturellen Überschüssen kann sich den ESC leisten. Besonders kritisch wäre es laut Avenir Suisse, wenn sich auch die Eidgenossenschaft beteiligen würde. «Je weiter die Finanzierung vom Nutzen entfernt ist, desto problematischer», sagt Hutter. Es leuchte nicht ein, weshalb der Bund einen Teil der Kosten übernehmen solle, wenn sich die zusätzliche Wertschöpfung primär auf eine Stadt konzentrierte.

Basel kann ein wenig Werbung gebrauchen, besonders für die St.-Jakobs-Halle. Laut den SRG-Vertretern war die auf Konzerte ausgerichtete Infrastruktur einer von vielen Gründen für den Zuschlag. Genf hatte sich mit einer Messehalle beworben. Allerdings handelt es sich bei der St.-Jakobs-Halle um ein altes Sorgenkind der Basler Politik. Seit fünfzehn Jahren wird die Arena für Millionenbeträge immer wieder saniert. Die grossen Acts bleiben aus. Auch gegenwärtig steht wieder einmal eine

Sanierung an: Die Dachlast ist zu gering, um viele grosse Scheinwerfer an die Decke zu hängen. Das sei allerdings kein Problem, hatten die Behörden bereits im Mai versichert. Jede Event-Halle müsse für eine Konzertveranstaltung von der Grösse eines ESC aufrüsten.

Polizei verhängt Feriensperre

In der Basler Politik wird auch die Sicherheit noch für Diskussionen sorgen. Ein solcher Anlass erfordert hohe Ressourcen. Daher hat die Leitung der Basler Polizei für den Frühling 2025 vorsorglich eine Feriensperre für Polizistinnen und Polizisten verfügt. Eine solche besteht bereits für fünf Wochen während der Schulferien im Sommer, wenn die Fussball-EM der Frauen unter anderem in Basel stattfindet. Nach einer Intervention durch den Polizeibeamten-Verband Basel-Stadt wurde die Sommersperre für Polizisten mit Kindern gelockert. Am ESC werden voraussichtlich auch Korps aus anderen Kantonen mithelfen.

Die Aufmerksamkeit bekommt aber Basel, wie man dort hofft. Und die SRG. Angesichts der politischen Diskussionen über die Finanzierung des öffentlichen Medienhauses dürfte auch sie sich darüber freuen.